



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/119

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

23. Mai 1953

Hinweise
auf den Inhalt:

Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Der Kirchenkampf in der Sowjetzone	S. 1
Der französische Klerus über die Lage in Frankreich	S. 3
Sozialdemokratie und Frontsoldaten	S. 5

Kommunistische Nationalkirche ?

EZ - Berlin

Der Kirchenkampf ist in der Sowjetzone in ein entscheidendes Stadium eingetreten. Dies betrifft nicht nur die Brutalität, mit der der SED-Staat durch Verhaftung mißliebiger Pfarrer und durch die Massenausweisung von Schülern, die sich zur Evangelischen Jungen Gemeinde bekennen, direkt oder indirekt in das durch die Verfassung garantierte Leben der Kirche eingreift, sondern auch die Zielsetzung, die der SED-Staat mit dem neuen Frontalangriff auf die Kirche verfolgt. Gewiß, auch bisher war die Vernichtung jener kirchlichen Kreise, die allein durch ihre kirchliche und damit angesichts der heutigen Entwicklung notwendigerweise antiseditistische Aktivität dem SED-Regime gefährlich wurde, in jedem Einzelfall Ziel des Angriffs. Insoweit lag der Kampf des Staates gegen einzelne Vertreter der Kirche auf der gleichen Ebene wie die Bekämpfung aller Personen, die dem Regime durch eine über bloße passive Resistenz hinausgehende Haltung zum aktiven Gegner wurden.

Seitdem vor einigen Tagen zum ersten Mal das Zentralorgan der SED, das "Neue Deutschland", die Kampfansage gegen die Evangelische Kirche aufgenommen hat, kann kein Zweifel mehr über die politische Konzeption bestehen, die dem Generalangriff der SED zugrunde liegt. Mit den Aktionen gegen die Kirche sollen nicht nur für die SED gefährliche Elemente ausgeschaltet, sondern die

Bande, die heute offiziell allein die Evangelische Kirche zwischen West- und Mitteldeutschland darstellt, zerschnitten werden. Der Kirchenkampf ist damit zum Angriff auf die letzten Reste der gesamtdeutschen Einheit geworden.

Die vom Zentralorgan und damit vom Zentralkomitee der SED benutzten Argumente für das angedrohte verschärfte Vorgehen des Staates gegen die Kirche, das sogar Todesurteile ausdrücklich einschließt, sprechen indirekt davon, daß die Leitung der Evangelischen Kirche aus Männern besteht, die im Auftrage westlicher Imperialisten aufgrund ihrer reaktionären Einstellung die Bevölkerung der Zone gegen die SED-Regierung aufzuwiegeln versuchen. Man wirft der Kirchenleitung Agentenarbeit vor, wenn es in der SED-Verlautbarung heißt, "in den letzten Monaten seien eine große Anzahl sogenannter reisender Geistlicher aus Westdeutschland und Westberlin in die DDR gekommen, die ihre mit dem Deckmantel geistlicher Würdenträger getarnten Agenten in der DDR mit allen Arten feindlicher, militaristischer Literatur versorgen".

Es ist sicher kein Zufall, daß die halboffizielle scharfe Erklärung der SED zeitlich auf eine interne Tagung von Vertretern des "Zentralen christlichen Arbeitskreises für den Frieden" und des "Arbeitskreises zur Errichtung einer Nationalkirche" folgte, beides Organisationen, die unter der Führung von kommunistischen Pfarrern wie des Schweriner Dompfarrers Kleinschmidt stehen und die sich die Neugründung einer Sowjetzonenkirche als Hilfsinstrument des Kommunismus zum Ziel gesetzt haben, wie es ähnlich die Russisch Orthodoxe Kirche in Moskau ist.

Mit der Diffamierung der bisherigen gesamtdeutschen Kirchenleitung als Helfershelfer der westlichen "Imperialisten" soll der erste Schritt für die Errichtung einer kommunistischen Staatskirche vorbereitet werden. Jene Handvoll kommunistischer "Friedenspfarrer", die sich bisher schon bei ähnlichen vergeblichen Versuchen der SED in den Jahren bis 1950 als Werkzeuge der SED angeboten hatten, soll anscheinend mit der Leitung der kommunistischen Nationalkirche betraut werden. Ob freilich die SED heute schon diesen letzten Schritt wagen wird, bleibt fraglich. Vielmehr ist anzunehmen - und dies ist sicher das Zwischenziel der SED im Kirchenkampf - daß zunächst einmal die Kirche durch "Aufdeckung der Agentenherde in den Kreisen der Geistlichen" eingeschüchtert und dazu gezwungen werden soll, ein staatliches Mitspracherecht bei der Besetzung der Ämter der Geistlichen in der Zone zu akzeptieren. Diese Zwischenphase konnte auch bei der Unterwerfung der Kirchen in den Volksdemokratien festgestellt werden.

Frankreichs Krebsübel: Soziales Unverständnis

Eine aufschlußreiche Untersuchung der katholischen Bischöfe

Auf Initiative der Kardinäle und Erzbischöfe ist im Jahre 1952 in allen Diözesen eine Untersuchung über die soziale Lage in Frankreich begonnen worden. Das Ergebnis dieser Untersuchungen liegt in einer Reihe von Berichten vor. Die "Voix diocésaine de Besançon" (Zeitschrift des religiösen Lebens) bemerkt dazu, der Inhalt sei von einer derartigen Tragweite, daß er einen unmittelbaren Widerhall hervorrufen werde. Wir geben Auszüge aus diesen Dokumenten wieder; sie zeigen, wie sehr die Verantwortlichen der französischen Kirche sich um das augenblickliche soziale Unbehagen Sorgen machen.

"Bürgerliche und Unternehmerkreise in Frankreich sind von einer gewissen Sorge um die Verteidigung der menschlichen Freiheit und der Vermeidung der Gefahren des Statismus (staatlicher Einnischung) und Kommunismus beseelt. Aber der Profit bleibt die große Antriebskraft ihrer Aktivität. Es kommt ihnen nicht in den Sinn, daß der Genuß eines gewissen Komforts und der Besitz von Vermögen daran hindern, die Probleme klar zu sehen. Evangelistischer Asketizismus und christliche Großmut fehlen ihnen nur allzu oft. Die Soziallehre der Kirche ist nur wenig bekannt. Die Idee des Berufes als Dienst an der Gesellschaft ist viel zu wenig verbreitet; sogar in den freien Berufen ist sie im Rückgang begriffen".

"Die Müdigkeit der Arbeitnehmer darf nicht zu Illusionen verleiten"

"Unter den Arbeitnehmern herrscht ein Klima des Klassenkampfes. Für die Mehrzahl von ihnen ist dies keine politische Doktrin, sie konstatieren es einfach als gesellschaftliche Tatsache. Sie stellen fest, daß es zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einen Interessengegensatz gibt, der aus der kapitalistischen Struktur entspringt, und daß sie eben immer, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern, zur Gewalt Zuflucht nehmen mußten.

Wenn man von Klassenkampf-Klima spricht, so will man darauf hinweisen, daß es sich vor allem um eine kollektive psychologische Haltung handelt, die eher dem Gefühl als der intellektuellen Analyse entspringt. Die christlich eingestellten Organisationen sind genau so davon betroffen.

Die Müdigkeit der Arbeitnehmer darf nicht zu Illusionen verleiten. Sie kann schon morgen zum Ausgangspunkt für ein heftiges Wiederaufbäumen werden.

Fast alle Arbeitnehmer hegen in Wirklichkeit die Überzeugung, daß sie die Opfer einer organisierten Ungerechtigkeit sind. Sie stellen fest, daß sie bei der jetzigen Form der Güterverteilung um einen Teil des ihnen zukommenden Gewinnes betrogen werden. Denn sowohl ihre individuellen Löhne, wie auch die Gesamtmasse aller Löhne und Gehälter, einschließlich dem abgeleiteten Einkommen (Sozialversicherung, Familienzulagen) sind heute im Vergleich zur Vorkriegszeit niedriger. Ihre Kaufkraft ist also gesunken, während das Nationaleinkommen größer geworden ist... Die Arbeiter sind nicht sehr weit vom Gedanken entfernt, daß sie irgendein Anrecht auf ihr Unternehmen haben, daß die jetzige Gesellschaft dies aber nicht anerkennen will".

"Unverändertes Vertrauen der Arbeiter zum Sozialismus"

"Es sind jedoch Anzeichen dafür vorhanden, daß es hier um ein Gefühl geht, das mehr ist als etwa ein heftiger Reflex in der Art: "Mach Dich fort von hier, damit ich mich an Deinen Platz setzen kann". Das Verschwinden der Klassen denken sie sich nicht einfach als brutalen Raub.

Man muß sogar bestätigen, daß das Unbehagen der Arbeiter nicht in erster Reihe mit ihrem Lohn zusammenhängt. Es ist ein viel tiefer liegendes menschliches Problem. Es hat auch einen echten geistigen Aspekt. Das sehr klare Bewußtsein der Möglichkeiten einer menschlichen Verwirklichung, die man ihnen vorenthält, nährt in der Arbeitnehmerschaft das ungeduldige Verlangen nach einer Änderung der Gesellschaftsform.

Die Arbeiterschaft glaubt mehr an eine Änderung der Gesellschaftsform, als an eine Änderung der Moral. Das Vertrauen zum Sozialismus hat sich unverändert bei ihnen erhalten. Das glühendste Sehnen geht eher in Richtung auf eine gewaltsame Revolution als auf eine Umwälzung nach Vereinbarung. - Angesichts dieses "Maßes an sozialer Spannung, das in Frankreich um sich gegriffen hat" geht der Bericht auf das geringe Verständnis eines wichtigen Teiles der Geistlichkeit für diese ernstesten Probleme ein, "Viele Geistliche erhalten ihre gesellschaftliche Formung einzig und allein aus ihrer Zeitung, entweder weil ihnen die Mittel fehlen, sich an den entsprechenden Quellen zu informieren, oder aber weil sie eine tendenziöse Vulgarisierung einer ernstesten persönlichen Arbeit vorziehen".

X

Es ist kaum vorstellbar, daß diese von höchster Sorge erfüllte Mahnung an das französische Unternehmertum ein entsprechendes Echo in Deutschland findet. Das Bündnis, das die eine, christlich sein wollende CDU mit dem deutschen Großkapital schloß, beschwört für das soziale Gefüge der Bundesrepublik die gleichen Gefahren herauf, die der französische Klerus so mutig aufgezeigt hat.

+ + +

- 5 -

Sozialdemokratie und Frontsoldaten

(sp) In der zweiten Nummer der Monatschrift der Jungsozialisten "Klarer Kurs" - einer sehr lobendigen, vielseitigen, mit guten Zeichnungen und Fotos ausgestatteten Zeitschrift - behandelt u.a. Karl Garbe das Thema "Sozialdemokratie und Frontsoldaten".

Garbe, selbst Weltkriegsteilnehmer, wendet sich zunächst gegen den auch in jüngster Zeit immer erneut wiederholten Versuch, vaterländische Gesinnung für eine bestimmte rückschrittlich eingestellte Gesellschaftsschicht mit ihren innen- und wirtschaftspolitischen Machtgelüsten, zu monopolisieren. In Wahrheit, so wird gesagt, stünden die Überlebenden der zehn Millionen deutscher Männer und Jungen, die im letzten Weltkrieg Soldaten waren, heute in allen politischen Lagern, sie seien wieder Bürger geworden, mit höchst persönlichen Neigungen und mehr oder weniger ausgeprägtem Verantwortungsgefühl für die Gemeinschaft.

Wie ungerecht klassifizierende Unterschiede im Hinblick auf die Kriegsteilnahme sind, ergibt sich dann aus einer den Artikel abschließenden Aufstellung über die Aufteilung der Bundestagsabgeordneten nach Kriegsteilnehmern. Danach sind von den Abgeordneten der SPD-Fraktion 50 Prozent Kriegsteilnehmer, in der CDU-Fraktion sind es 46 Prozent, in der FDP 49 Prozent und in der DP 40 Prozent. Praktisch besteht also gar kein Unterschied und es ist gut, daß das einmal an nüchternen Zahlen festgestellt wird.

Gleichzeitig enthält die kleine Statistik aber auch Angaben über eine andere, sehr persönliche und nicht vom Staat befohlene und deshalb unabweichliche Mutprobe, wie sie der Kriegsdienst darstellt. Es wird nämlich auch über den Anteil an Konzentrationshäftlingen in den einzelnen Fraktionen berichtet und hier betragen die Prozentsätze in der oben angeführten Reihenfolge 30 - 3 - und in den beiden restlichen Fraktionen Null. Diese Statistik gibt eigentlich sehr viel zu denken.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau